

Entschädigungsregelung

für den Verwaltungsrat des Medizinischen Dienstes Niedersachsen

(Festgesetzt durch den Verwaltungsrat am 01.04.2022 mit Rückwirkung zum 01.01.2022)

Die Mitglieder des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Niedersachsen erhalten bei Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit eine Entschädigung nach den folgenden Bestimmungen:

1. Ersatz barer Auslagen (§ 41 Abs. 1 SGB IV)

1.1 Tage- und Übernachtungsgeld

Der Ersatz für bare Auslagen (Tagegeld) richtet sich nach § 6 BRKG (Bundesreisekostengesetz).

1.1.1 Übernachtungsgeld wird in der jeweils für den Vorstand geltenden Höhe gezahlt. Höhere Übernachtungskosten werden erstattet, soweit sie notwendig sind.

1.1.2 Fahrerinnen/Fahrer eigener Wagen von Verwaltungsratsmitgliedern erhalten als Ersatz für Reiseaufwand, Tagegeld und Übernachtungsgeld nach dem Bundesreisekostengesetz.

1.2 Fahrtkosten

1.2.1 Kilometergeld

Die Nutzungskosten eines Kraftwagens werden durch eine Wegstreckenentschädigung nach § 5 Abs. 2 Satz 1 BRKG i. V. m. § 98 NBG in der jeweils geltenden Fassung abgegolten, die bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesses gezahlt wird.

1.2.2 Flugkosten

Hin- und Rückflugkarte.

Bei Flügen sollen grundsätzlich die Kosten für die Benutzung der niedrigsten Flugklasse als erforderliche Aufwendungen angesehen werden.

1.2.3 Bahnkarten

- a) Fahrscheine bis zur Höhe der 1. Klasse
- b) Aufpreise und Zuschläge für Züge
- c) Reservierungsentgelte
- d) Bettkarten oder Liegeplatzzuschläge

1.2.4 Kosten für Fahrten vom und zum Bahnhof bzw. Flugplatz sowie sonstige Kosten

- a) öffentlicher Nahverkehr
- b) Zubringer zum Flugplatz
- c) Taxi
- d) Gepäckkosten – Gepäckaufbewahrung
- e) Post- und Telekommunikationskosten
- f) Parkplatz- und Garagenkosten
- g) sonstige Kosten, die im Zusammenhang mit der Reise entstanden sind.

1.3 Zusätzlich erhalten zur Abgeltung der Auslagen für die Tätigkeit außerhalb von Sitzungen

- 1.3.1 Die/der Vorsitzende und die/der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates einen Pauschbetrag von monatlich 81 €.

1.4 Kinderbetreuungs- und Pflegekosten

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates oder ihren Stellvertretungen mit Familien- oder Pflegeaufgaben können auf Antrag die aufgrund der Teilnahme an Sitzungen (einschließlich An- und Abreise) zusätzlich anfallenden, unabwendbaren Betreuungskosten für Kinder oder pflegebedürftige Personen gem. § 10 Absatz 2 Satz 4 Nr. 2 Bundesgleichstellungsgesetz (BGleIG) erstattet werden. Die Voraussetzungen für die Erstattung und die Höhe der Erstattung orientieren sich an den Empfehlungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der jeweils gültigen Fassung zur Erstattung von Betreuungskosten für Kinder oder pflegebedürftige Personen nach § 10 Abs. 2 Satz 4 Nr. 2 BGleIG.

2. Ersatz entgangenen regelmäßigen Bruttoverdienstes und von Beitragsanteilen zur Rentenversicherung (§ 41 Abs. 2 SGB IV)

Ersatz des tatsächlich entgangenen regelmäßigen Bruttoverdienstes und Erstattung der den Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmeranteil übersteigenden Beiträge nach § 168 Abs. 1 SGB VI; die Entschädigung beträgt für je eine Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit höchstens ein Fünfundsiebzigstel der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 SGB IV).

Wird durch schriftliche Erklärung der berechtigten Person glaubhaft gemacht, dass ein Verdienstausschlag entstanden ist, lässt sich dessen Höhe jedoch nicht nachweisen, ist der Verdienstausschlag pauschal in Höhe von einem Drittel des in Satz 1 genannten Höchstbetrages für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit zu ersetzen.

Der Verdienstausschlag wird je Kalendertag für höchstens 10 Stunden gewährt; die letzte angefangene Stunde wird voll gerechnet.

3. Pauschbetrag für Zeitaufwand (§ 41 Abs. 3 Satz 1 SGB IV)

3.1 Für jeden Kalendertag einer Sitzung wird ein Pauschbetrag für Zeitaufwand in Höhe von 79 € gezahlt. Virtuelle oder hybride Beratungen, denen eine schriftliche Abstimmung folgt, sind als Sitzung im Sinne des § 41 SGB IV zu werten.

3.2 Vorsitzende von Ausschüssen des Verwaltungsrates

Die/der Vorsitzende von Ausschüssen erhält bei Sitzungen des Ausschusses den doppelten Pauschbetrag von dem unter 3.1 genannten Betrag für Zeitaufwand nach § 41 Abs. 3 SGB IV.

4. Pauschbetrag für Zeitaufwand für Tätigkeiten außerhalb von Sitzungen (§ 41 Abs. 3 Satz 2 SGB IV)

4.1 Vorsitzende/r und stellvertretende/r Vorsitzende/r des Verwaltungsrates

Die/der Vorsitzende und die/der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates erhalten einen Pauschbetrag von monatlich 790 €.

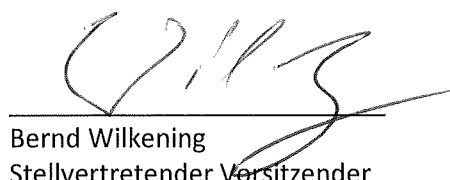
4.2 Andere Organmitglieder

Die Entschädigungsregelungen nach Ziffern 1.1, 1.2, 2 und 3 gelten auch für Veranstaltungen, an denen Mitglieder des Verwaltungsrates im Auftrage ihres Organes oder mit Zustimmung der beiden vorsitzenden Personen des Organes zur Wahrung berechtigter Interessen des Medizinischen Dienstes Niedersachsen teilnehmen (§ 41 Abs. 3 Satz 2 SGB IV). Das gilt nicht für die Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben.

Hannover, 01.04.2022



Detlef Ahting
Vorsitzender des
Verwaltungsrates



Bernd Wilkening
Stellvertretender Vorsitzender
des Verwaltungsrates